

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden.
Garnierstr. 36-40. Telefon 25 241
Für die Nachlieferung: 20 011.

Lebeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma geg. 1838. • 16 mal prämiert.

Druckerei und Hauptgeschäftsstelle:
Garnierstr. 36-40.
Verlag von Ullrich & Neuberger in Dresden.
Polizei-Bezirk 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr: bei regelmäßiger Abnahme in Dresden oder durch die Post monatlich 4 500.—, Einzelnummer 4 30.—, Sonntagausgabe 4 40.—, Anzeigen-Preise: Die Spalte 30 mm breite Zeile 4 75.—, außerhalb Sachlens 4 100.—, Familienanzeigen und Stellenangebote unter Wegfall jeden weiteren Textes 4 30.—, Verlagspreise laut Tarif. Unvollständige Bestellungen werden nicht angenommen.

PIANOS

Weltmarke.

Wolfframm

Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

FLÜGEL

Weltmarke.

Er mordung des polnischen Staatspräsidenten.

Ein Kunstmaler als Mörder.

Warschau, 18. Dez. (W.Z.) Der neue Staatspräsident Karutowicz ist beim Besuch einer Kunstausstellung ermordet worden. Ueber die Mordtat wird berichtet: Heute mittag wurde bei der Eröffnungsfest der Kunstausstellung im Palais der bildenden Künste auf den Präsidenten der Republik ein Mordanschlag verübt. Der Täter hat schnell hintereinander drei Revolverkugeln gegen den linken des Präsidenten abgegeben, infolge deren der Präsident einige Minuten früher verschied. Der Täter ist ein Kunstmaler namens Niewiadomski, der festgenommen wurde. Nach der Verhaftung übernimmt der Sejmarschall Dzialozki das Amt des Präsidenten. Er wird sofort die Nationalversammlung einberufen, welche die Wahl des neuen Präsidenten zu vollziehen hat.

Karutowicz war ein Schulfreund des früheren polnischen Außenministers Estiminski, mit dem er das Elbinger Stadtmuseum besuchte. Danach studierte er Angewandte Kunst in Petersburg. Der 58 Jahre alte verheiratete Präsident hat 26 Jahre in der Schweiz gelebt und die eidgenössische Staatsangehörigkeit erworben. Er wirkte als Professor am Politechnikum in Zürich.

Das Verhör des Mörders.

Warschau, 17. Dez. Der Mörder des Präsidenten Karutowicz Niewiadomski hat im Verhör erklärt, daß er aus eigener Initiative gehandelt habe. Er bestritt, irgendwelche Verbindungen gehabt zu haben. Heute wird die Untersuchung abgeschlossen werden. Der Mörder wird unverzüglich vor ein Standgericht gestellt werden. (W.Z.)

Der Mörder, ein Maler, ist 1889 in Warschau geboren. Er besaß sich 1889 auf die Akademie der schönen Künste nach Petersburg, die er im Jahre 1895 wieder verließ, um nach Paris zu gehen. Dort lebte er zum ersten Male seine Werke aus. In der letzten Zeit lebte er sich durch verschiedene Malereien in seine Kunst betonen und widmete sich politischen Betreibungen. Er schloß sich zunächst der nationaldemokratischen Partei an, trennte sich aber bald von dieser Organisation infolge persönlicher Differenzen. Er hat bei seinen Anhängern als Sonderling, insbesondere, nachdem er im Jahre 1918 einen Unfall erlitten hatte, bei dem er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt, die ihm, wie seine Freunde betonen, sein heftiges Gleichgewicht vollkommen nahm.

Die Kabinettsbildung durch Sikorski.

Warschau, 16. Dez. Gleich nach dem Attentat versammelte sich der Ministerrat zu einer außerordentlichen Sitzung unter Vorsitz des Landmarschalls Natal, der bis auf weiteres die Funktionen des Staatspräsidenten ausübt. Der Ministerrat, an dem auch der frühere Staatschef Pilsudski teilnahm, dauerte bis 13 Uhr. Es wurden die zu treffenden Sicherheitsmaßnahmen besprochen, sowie die Schritte unternommen, die der Untersuchung des Attentats dienen sollen. Nach

Schluss der Beratungen erklärte Landmarschall Natal Pressevertretern, daß er, nachdem das bisherige Kabinett infolge der Wahl des Präsidenten Karutowicz seine Demission angeboten hat, dem General Sikorski, dem bisherigen Generalstabschef, die Kabinettsbildung übertragen habe.

Nachmittags 4 Uhr fand eine Sitzung des Senatskonvents unter Vorsitz des Landmarschalls statt. In dieser Sitzung wurde die Einberufung des Landtages zur Wahl des neuen Präsidenten auf den 20. Dezember vor-mittags 10 Uhr festgelegt.

In der Sitzung wurde der Antrag gestellt, den Sitz der Nationalversammlung in die Provinz zu verlegen. Der Antrag wurde mit der feindlichen Stimmung eines Teiles der Bevölkerung gegen Landtag und Senat begründet.

Warschau, 17. Dez. Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphenagentur hat General Sikorski den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen. Er selbst übernimmt in dem neuen Kabinett den Vorsitz und das Ministerium des Innern. Der polnische Gesandte in Bukarest Alexander Strykowski wurde zum Minister des Auswärtigen und Professor Wilkowiński zum Minister des Unterrichts ernannt. In den anderen Ministerien ist keine Veränderung eingetreten. (W. Z. B.)

Warschau, 17. Dez. Ministerpräsident Sikorski kündigt an, daß er für rassistische Maßnahmen der Ordnung Sorge tragen werde. Ein vorgesehene Sicherheitsmaßnahmen sind getroffen. Nach den bisherigen Nachrichten herrscht in Warschau und in der Provinz Ruhe. (W. Z. B.)

Pilsudski Generalkommando.

Warschau, 17. Dez. Feldmarschall Pilsudski wurde vom Kriegsminister im Einverständnis mit dem Ministerrat zum Chef des Generalstabes ernannt.

Das Beileid der Dresdner Verhandlungs-Delegierten.

Anlässlich der Ermordung des polnischen Staatschefs Karutowicz machte am Sonntag der deutsche Bevollmächtigte in Dresden Ministerdirektor v. Stöckhmer in der Begleitung des Generalkommandos der deutschen Delegation dem Bevollmächtigten der polnischen Delegation v. Ligenzski einen längeren Kondolenzbesuch.

Berlin, 17. Dez. Der Reichsminister des Auswärtigen v. Rosenbergh hat dem heiligen polnischen Volk seinen tiefen Beileid anlässlich der Ermordung des polnischen Staatschefs Karutowicz ausgesprochen, auch ist der deutsche Gesandte in Warschau beauftragt worden, der polnischen Regierung das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen. (W. Z. B.)

Amerikas Standpunkt zur Reparationsfrage.

Eine Untersuchungskommission der Alliierten und Amerikaner?

Paris, 17. Dez. Die „New York Herald“ aus Washington berichtet, das Staatsdepartement gedenke ein Komitee in Abrede gestellt, das die Absicht habe, eine internationale Bankierkonferenz einzuberufen. Der amerikanische Standpunkt läßt sich nach dem Blatt wie folgt zusammenfassen:

1. Amerika sieht unter gewissen Voraussetzungen eine tätige Anteilnahme an der europäischen Politik in Betracht.
2. Amerika ist bereit, eine Regelung vorzuschlagen. Diese Bereitschaft hängt jedoch von der Zustimmung Frankreichs ab.

3. Amerika ist der Ansicht, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zahlen soll, verlangt aber, wenn Deutschland nicht zahlen kann, daß diese Tatsache anerkannt werde.

4. Amerika steht auf dem Standpunkt, daß eine Reduzierung Deutschlands mit Okkupation und wirtschaftlicher Erdrosselung die Welt schädigt.

5. Amerika ist bereit, einen umfangreichen Privatkredit im Interesse Deutschlands anzubieten.

6. Der Kredit ist zu garantieren mittels teilweise Aufhebung der ersten Hypothek, die die Alliierten auf Grund des Versailler Vertrages besitzen.

Das Blatt fügt hinzu, die Regierung würde es als reinen Wahnsinn für die Vereinigten Staaten betrachten, wenn sie sich in die europäische Politik mischen, ohne die Versicherung erhalten zu haben, daß die Alliierten, namentlich Frankreich, nachgeben. Anlässlich werde in Washington die Bildung einer Kommission vorgeschlagen, bestehend beispielsweise aus Alliierten und amerikanischen Sachverständigen, die die Restenergie in Deutschland untersuchen und die deutsche Zahlungsfähigkeit abschätzen soll. (W. Z. B.)

Frankreich und das amerikanische Einreisen

Paris, 17. Dez. Der „Temps“ führt in einem Leitartikel über die Washingtoner Nachrichten von einem demnächstigen Einreisen der amerikanischen Regierung in der Reparationsfrage aus: Er wolle nicht gegen eine Unterstützung Deutschlands durch die Vereinigten Staaten Einwände erheben. Frankreichs Interesse verlangt man nur, daß nicht auf Kosten Frankreichs erfolgt. Wenn das Ein-

reisen der Vereinigten Staaten Frankreich die ihm ausstehenden Zahlungen verschaffe, werde es sich darüber freuen. Das beste Verfahren wäre es, wenn die deutsche Regierung nach der Verständigung mit den amerikanischen Bankiers den Alliierten die Zahlungen ausbiete, zu denen die amerikanischen Anteile sie dazu in den Stand setzen würde. Die Alliierten würden sehen, ob es am Platze wäre, die als Gegenleistung hierfür verlangten Rückstände zu machen. Auf diese Weise läßt sich die Vereinigten Staaten der Notwendigkeit überheben, selbst in die europäische Politik einzugreifen, was immer ein Wagnis darstelle. (W. Z. B.)

Die englische Stellungnahme.

London, 17. Dez. Weiter meldet: In uninformierten Kreisen wird erklärt, daß die auf der Londoner Konferenz vertretenen Mächte zweifellos jeden von den Vereinigten Staaten zur Lösung der europäischen Finanzkrise gemachten Vorschlag willkommen heißen würden. Gleichzeitig wird aber die Absicht ausgesprochen, daß der Stabilisierung der Welt die Gewährung einer großen Antieile an Deutschland vorausgehen sollte. (W. Z. B.)

Verchiebung der Janarkonferenz?

Paris, 17. Dez. Der Londoner Korrespondent des „Veil Journal“ meldet seinem Blatt, in gewissen Kreisen neige man zu der Annahme, daß die Pariser Konferenz, die für den 2. Januar vorgesehen ist, kurz Gefahr laufe, auf später verschoben zu werden. Im Zusammenhang mit der Beschlüsse des englischen Schatzkanzlers nach Washington erklärte man andererseits, daß die Premierminister, wenn sie am 2. Januar zusammentreten, unmittelbar darauf wieder auseinandergehen und die Lösung der Reparationsfrage, deren Entscheidung nach so kurzem sei und zu dem noch so viel Unvorhergesehenes hinzukommen könne, den Sachverständigen überlassen würden. (W. Z. B.)

Die letzten deutschen Schatzwechsel.

Paris, 16. Dez. Wie dasaa mitteilt, sind der Reparationskommission von der Kreditkommission die am 15. Dezember fälligen deutschen Schatzwechsel übergeben worden. Sie lauten auf 121 87 000 Goldmark. Aktien waren an und für sich 60 Millionen Goldmark. Die Differenz ist bereits durch anderweitige deutsche Zahlungen gedeckt. (W. Z. B.)

Die polnische Staatskrise.

Die entsetzliche Mordtat, der in Warschau der eben erst neu gewählte polnische Staatspräsident Karutowicz zum Opfer gefallen ist, erhöht blutig den Zustand der gefährlichen Staatskrise, in der sich Polen seit dem überraschenden Ausgang der Sejmwahlen befindet; denn was sich in Warschau abgespielt hat, ist nicht lediglich der Ausbruch der tragischen Verwirrung eines politischen Unfalls oder der geistig verirrten Köpfe, sondern letzten Endes die Folge des terroristischen Aufstrebens des infolge des Wahlausganges von der politischen Herrschaft ausgeschlossenen nationalistischen Blocks gegen seine politische Abschaltung. Man muß sich daran erinnern, daß eine der ersten Folgen des Wahlausganges die Verabschiedung des populären nationalpolitischen Oberführers, General Gallers, war und daß dieser sofort nach der Wahl des mit dem gemäßigten und deshalb bereits stark angefeindeten bisherigen Staatschefs Pilsudski ein befreundeten Staatspräsidenten Karutowicz die nationalpolitische Rolle bis zum Ueberfliegen aufwies. Verletzt bei der Entscheidung des neuen, nunmehr ermordeten Staatspräsidenten seitliche die Hege General Gallers, der die Menge mit den inhaltsschweren Worten zu außerparlamentarischen Mitteln aufrief: „Nicht die Hände in den Schoß! Kämpft!“, den Erfolg, daß Karutowicz nur auf Umwegen und nur unter dem Schutz von Illanen und berittener Polizei in das Parlamentgebäude gelangen konnte und zahlreiche Abgeordnete der Linksparteien schwer mißhandelt wurden. Seit diesen Tagen stand es bereits fest, daß die Nationalisten mit allen Mitteln verhindern wollten, dem neugewählten Präsidenten, dem „Erwählten der Deutschen und Juden“, seine Amtsführung unmöglich zu machen. Das ist der Hintergrund, auf dem die furchtbare Mordtat erwachsen konnte.

Bekanntlich hatten sich für die erste ordnungsgemäße Sejmwahl die zahlreichen, aus Deutschen, Ukrainern, Juden und Weißrussen bestehenden Minderheiten zu einem Minderheitenblock zusammengeschlossen und konnten als dritte größte Partei mit 21 Abgeordneten in das polnische Parlament einziehen. Die Minderheiten hatten damit, daß sie ein Sechstel aller Abgeordneten in den Sejm — in den Senat sogar ein Fünftel — bilden konnten, einen beachtenswerten Erfolg errungen, der noch größer gewesen wäre, wenn die gewalttätige Unterdrückung nicht so wirksam gewesen wäre. Denn in dem neben der Fischek-Slawatski geraden typischen „Nationalstaat“ auf Grund von Verfalls machen die Minderheiten mit zusammen 15 Millionen gegenüber den 16 Millionen Polen nahezu die Hälfte der Bevölkerung aus. Das Eigenartige der Mehrheitsverhältnisse im Polenparlament drückt sich nun darin aus, daß weder die drei zum nationalen Block zusammengeschlossenen Rechtsparteien, noch die Linksparteien über die Mehrheit verfügen. Den Ausschlag geben — und haben auch zum erstenmal bei der Präsidentenwahl — die nationalen Minderheiten, die sich natürlich nicht für die Ausbreitungspolitik der Chauvinisten begeistern konnten. Diese Tatsache trug dem neuen Präsidenten Karutowicz bei den durch die von religiösen und nationalpolnischen Hoch viel mehr als bei allen anderen Völkern getriebene Wille des Chauvinismus schenken Nationalisten das Odium der Deutschen- und Judenfeindschaft ein. Grund genug für jeden „echten Polen“ zu erbittertem Haß und Feindschaft.

Die neue Krise trifft das alles andere als innerlich gefestigte polnische Staatsgebilde gerade in dem Augenblick, als es noch ohne verfassungsmäßige Regierung ist. Die bisherige Regierung hat nach der Wahl ihre Demission gegeben, und eine neue ist noch nicht gebildet. Die politischen Folgen der Mordtat, die Polen außerdem auch noch des Staatspräsidenten beraubt hat, lassen sich heute noch nicht annähernd übersehen. Die Präsidentenwahlverteilung hat der Sejmpräsident Bauerpartei des Abgeordneten Witos angedeutet, die bei der Präsidentenwahl schließlich den Ausschlag nach links genommen hat, da ihr der wirtschaftliche Gegenpol zu den rechtsorientierten Gruppenverwehrt für einen Ausschlag nach rechts als zu groß erschien. Eine unmittelbare Fortsetzung der verfassungsgesetzlichen und gemäßigten Politik Karutowicz und Pilsudski ist zunächst um so weniger wahrscheinlich, als der Sejmpräsident nicht den von Karutowicz im Hinblick genommenen bisherigen Arbeitsminister Sikorski, sondern den bisherigen Generalstabschef Sikorski mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt hat. Der Schlüssel der Situation liegt darum beim bei der Witospartei. Hält sie es angeht die terroristischen Verrohung durch die Chauvinisten für ratsam, nach rechts einzuschwenken, so haben die Deuter ihr Ziel erreicht. Die polnische Politik dürfte dann sehr bald in ein vollkommen rechtsradikales Fahrwasser geraten und vor allen Dingen auch die Dresdner Wirtschaftsverhandlungen vermutlich sehr ungünstig beeinflussen. Ein reines Wirtschaftskabinett läßt bei der Aufrechterhaltung der parteipolitischen Lage kaum eine große Arbeitsfähigkeit erwarten. Bei einer neuerlichen Entscheidung für einen Präsidenten Pilsudski-ähnlicher Artung aber wird man unbedingt mit einer Fortsetzung der Terrormethoden der Chauvinisten und der in letzter Zeit als fanatisch deutschfeindlich hervorgetretenen nationalistischen Organisationen zu rechnen haben.